



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

ein außerordentlich herausforderndes Jahr für unser Land, ja für die gesamte Welt, neigt sich dem Ende zu. Die Corona-Pandemie hat Vieles auf den Kopf gestellt und Politik und Verwaltung vor ungemein schwierige und schwerwiegende Entscheidungen gestellt. Die Abwägung zwischen den grundgesetzlich garantierten Grundrechten und dem Schutz von Menschenleben prägt unser politisches Handeln seit Monaten und wird uns wohl noch eine Weile begleiten. Für mich persönlich kann ich feststellen: Noch nie war es so vertrackt, Politik zu machen und dafür die Verantwortung zu übernehmen. Umso dankbarer bin ich für den großen Zusammenhalt und dafür, dass das Gros der Menschen ebenso Verantwortung übernimmt – nicht nur für sich und seine Liebsten, sondern auch für unsere Gesellschaft als Ganzes. Dies habe ich jedenfalls in unserer Heimat, in den Landkreisen Gifhorn und Peine, immer wieder miterleben dürfen. Wobei das Miterleben auf Grund von Kontaktbeschränkungen oft nur in virtueller Form möglich war. Aber immerhin. Ich bin wirklich sehr froh, dass wir flexibel genug waren, uns mit den aktuellen Gegebenheiten zu arrangieren, um so im Austausch zu bleiben. Denn genau das ist mir als Ihrer Vertreterin in Berlin besonders wichtig: Ich will mit Ihnen ins Gespräch kommen und im Gespräch bleiben. Und dies nicht nur, aber insbesondere in Krisenzeiten wie diesen. Aus diesem intensiven Austausch weiß ich, wie kräftezehrend diese Zeiten vor allem für Familien sind. Deswegen hoffe ich, dass wir das anstehende Weihnachtsfest trotz der bestehenden Beschränkungen in familiärer Atmosphäre erleben können. Und dass niemand einsam ist. Vielleicht können wir das Weihnachtsfest in diesem Jahr dafür nutzen, den Ursprung des Festes neu zu entdecken und wieder mehr die Besinnlichkeit und weniger den Stress in den Vordergrund rücken. Ich wünsche uns allen ein dennoch frohes Fest sowie viel Glück, Gesundheit und Kraft für das neue Jahr 2021. Ich freue mich darauf, auch in Zukunft mit Ihnen in Kontakt zu bleiben.

Mit den besten Wünschen
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Eine Milliarde Euro für die Zukunft der Landwirtschaft

Unter dem Motto „Bauern für Klimaschutz“ hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ein mit einer Milliarde Euro ausgestattetes Modernisierungs-Paket für die Landwirtschaft gestartet. Kernstück ist mit 816 Mio. Euro das „Investitionsprogramm Landwirtschaft“. Die Förderrichtlinie wurde bereits im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Es ist das größte Modernisierungsprogramm für die Landwirtschaft in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit dem Geld aus dem Investitionsprogramm werden Landwirte dabei unterstützt, in hochmoderne Technik zu investieren. Dieses Geld soll helfen, die Anforderungen abzuf puffern, die die Gesellschaft an unsere Landwirte im Hinblick auf Umwelt-, Natur-, und Klimaschutz stellt. Ab dem 11. Januar 2021 können über die Landwirtschaftliche Rentenbank Förderanträge gestellt werden, um Investitionen in nachhaltigere Produktionsverfahren zu ermöglichen. Ich begrüße das Milliardenpaket des Bundeslandwirtschaftsministeriums – es gibt unserer Landwirtschaft einen Modernisierungsschub. Mit neuester Technik können in der Landwirtschaft Emissionen eingespart und das Klima geschützt werden – und Ernten bleiben sicher. Jeder Landwirt aus unserer Region kann davon profitieren. Ich ermutige daher alle Bäuerinnen und Bauern in Gifhorn und Peine – aber auch Maschinenringe und landwirtschaftliche Unternehmen –, zu prüfen, ob eine Investition infrage kommt. Bis zu 40 Prozent der Kosten werden übernommen. Das ist also auch für kleine Betriebe attraktiv.

Was wird gefördert?

- Maschinen und Geräte zur exakten Wirtschaftsdünger-, Mineraldünger- und Pflanzenschutzmittelausbringung sowie mechanischen Unkrautbekämpfung, die auf einer geprüften Positivliste stehen;
- bauliche Anlagen zur Kapazitätserweiterung von Wirtschaftsdüngerlagern und Kleinanlagen (auch mobile) zur Gülleseparierung sowie
- hiermit in direktem Zusammenhang stehende Planungs- und Beratungsleistungen.

Förderfähige Betriebe sind landwirtschaftliche Primärerzeuger, landwirtschaftliche Lohnunternehmen und gewerbliche Maschinenringe, um eine hohe Wirksamkeit der Förderung auf großer Fläche zu erreichen.

Weitere Informationen und FAQs finden Sie [hier](#).

Die Positivliste ist auf der Internetseite der Landwirtschaftlichen Rentenbank veröffentlicht. Sie wird kontinuierlich, auf Antrag der Hersteller, erweitert. Weitere Einzelheiten zur Positivliste sowie zur gesamten Antragstellung finden Sie [hier](#).



Bericht aus Berlin

Mehr Arbeitsschutz in der Fleischbranche

Uns als Unionsfraktion war es wichtig, dass die Missstände in der Fleischwirtschaft beseitigt werden. Zwar gab es in der Vergangenheit viele Gesetzesverschärfungen und Selbstverpflichtungen der Branche. Es hat sich aber gezeigt, dass dies nicht ausgereicht hat. Deshalb müssen wir jetzt entschlossen handeln: Wir untersagen die Nutzung von Werkverträgen im Kernbereich der Fleischindustrie, bei der Schlachtung, Zerteilung und Verarbeitung ab nächstem Jahr. Wir erhöhen die Kontrolldichte und schaffen eine bessere Arbeitsgrundlage für die Kontrollbehörden. Auf Betreiben der CDU/CSU-Fraktion bleibt die Zeitarbeit in begrenztem Umfang zulässig. Gekämpft haben wir ebenso für das Fleischerhandwerk. Handwerksbetriebe werden von diesen Regelungen ausgenommen. Betriebe mit bis zu 49 Mitarbeitern (ohne Verkaufspersonal) sind somit von den Beschränkungen nicht betroffen. Damit ermuntern wir traditionelle Fleischerhandwerksbetriebe mit zusätzlichen Verkaufsfilialen die regionale Versorgung zu verbessern und zu stärken. Insgesamt erreichen wir, dass die Großbetriebe in der Fleischindustrie ihre soziale Verantwortung gewissenhaft wahrnehmen und die Beschäftigten schützen. Deswegen habe ich diesem Gesetzentwurf zugestimmt, obwohl ich noch an einigen Stellen Nachbesserungsbedarf sehe. Meine Bedenken habe ich in einer persönlichen Erklärung erläutert und zu Protokoll gegeben. Die persönliche Erklärung finden Sie [auf meiner Homepage](#).

Wir treiben den Ausbau der Erneuerbaren voran

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird konsequent weiter vorangetrieben. Wir verabschiedeten in zweiter und dritter Lesung eine Reform des EEG. Diese Novelle beinhaltet die Zielsetzung für Treibhausgasneutralität des Stromsektors bis 2050 und die operative Umsetzung des Ziels für erneuerbare Energien von 65 Prozent im Jahr 2030. Um ihre Realisierung zu ermöglichen, schafft dieses Gesetz Maßnahmen zur Verbesserung der Markt-, Netz- und Systemintegration der erneuerbaren Energien und führt ein Instrument zur finanziellen Beteiligung der Kommunen ein. Für seit 20 Jahren geförderte Altanlagen schaffen wir Anschlussregelungen. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für Mieterstrom und stärken die Digitalisierung durch Anreize für neue Anlagentechnik und eine bessere Steuerbarkeit der Anlagen.





Bericht aus Berlin

Jahressteuergesetz 2020: Stärkung des Ehrenamtes

Am Donnerstag beschlossen wir im Bundestag mit dem Jahressteuergesetz ein Paket zur Stärkung von Vereinen und Ehrenamtlichen. Durch Steuerentlastungen und Bürokratieabbau wollen wir ihre unverzichtbare Arbeit erleichtern. Damit bringen wir auch unseren großen Respekt vor diesem Engagement zum Ausdruck. Der Einsatz für andere hält unsere Gesellschaft zusammen. Wie unter einem Brennglas zeigt sich das jetzt in der Krise. Für Millionen Menschen in den Vereinen gilt: Ihr Engagement macht unser Land lebenswert. Ihnen gilt unser besonderer Dank und unsere Wertschätzung.

Konkret wurden u. a. folgende Regelungen beschlossen:

1) Erhöhung der Übungsleiterpauschale von 2.400 auf 3.000 Euro im Jahr

Von der Übungsleiterpauschale profitieren nebenberufliche Tätigkeiten als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder vergleichbare Tätigkeiten. Darunter fallen auch Übungsleiter in Sportvereinen oder nebenberufliche Dozenten an Volkshochschulen, Fachhochschulen und Universitäten. Diese Einnahmen sind steuerfrei und nicht sozialversicherungspflichtig.

2) Erhöhung der Ehrenamtspauschale von 720 auf 840 Euro im Jahr

Die Ehrenamtspauschale z. B. für Kassierer, Abteilungsleiter oder den Platzwart ermöglicht die Zahlung von pauschalen Aufwandsentschädigungen ohne Einzelnachweis in Höhe von bis zu 720 Euro pro Jahr, die weder beim Verein noch beim Empfänger zu steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Konsequenzen führen. Dieser Betrag wird nun auf 840 Euro pro Jahr erhöht.

3) Anhebung der Freigrenze für die Einnahmen aus einer wirtschaftlichen Betätigung einer gemeinnützigen Organisation auf 45.000 Euro

Liegt ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb vor, unterliegen die hieraus erzielten Einnahmen eines gemeinnützigen Vereins der Besteuerung. Dies gilt jedoch nur, wenn die Einnahmen die aktuelle Freigrenze im Jahr übersteigen. Wird die Freigrenze nicht überschritten, sind die gesamten Einnahmen nicht steuerpflichtig.

4) Vereinfachter Zuwendungsnachweis bis 300 Euro

Die derzeitige 200-Euro-Grenze gilt bereits seit dem Veranlagungszeitraum 2007. Dies wollen wir ändern. Zukünftig reicht in der Regel bis zur Höhe von 300 Euro ein Zahlbeleg oder Kontoauszug als Spendennachweis aus.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von weiteren Verbesserungen für gemeinnützige Organisationen: So wird z. B. die Pflicht zur zeitnahen Mittelverwendung für kleine Körperschaften abgeschafft und die Mittelweitergabe unter gemeinnützigen Organisationen rechtssicher ausgestaltet.



Bericht aus Berlin

Jahressteuergesetz 2020: weitere Erleichterungen

Im Jahressteuergesetz 2020 konnte die Union im parlamentarischen Verfahren noch viele wichtige Akzente setzen. Die Verdopplung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende auf 4008 Euro gilt nun über das Jahr 2021 hinaus. Auch die einmalige Steuerbefreiung für den Corona-Bonus in Höhe von 1.500 Euro wurde um sechs Monate bis 30. Juni 2021 verlängert. Auch im Kampf gegen die Steuerhinterziehung ist uns ein wichtiger Schritt gelungen. Denn mit dem Jahressteuergesetz wird die Verjährungsfrist zur Verfolgung schwerer Steuerhinterziehung von zehn auf 15 Jahre verlängert. Dies ist richtig und wichtig, denn es drohte, dass Cum-Ex-Straftäter straffrei davonkommen. Darüber hinaus ist es zukünftig möglich, auch bereits verjährte Taterträge aus Fällen der Steuerhinterziehung in großem Ausmaß einzuziehen. Das bedeutet, dass Erträge aus schwerer Steuerhinterziehung auch nach der strafrechtlichen Verjährung noch zurückgeholt werden können. Auch für die Land- und Forstwirte konnten wir wichtige Verbesserungen erreichen. Wir haben es mit der Anhebung einer Gewinngrenze möglich gemacht, dass die vielen Zukunftsbetriebe im Bereich der Land- und Forstwirtschaft den Investitionsabzugsbetrag noch besser nutzen können. Auch bei der Umsatzsteuerpauschalierung konnten wir eine Lösung erreichen. Ab 2022 können Betriebe bis zu einer Umsatzgrenze von 600.000 Euro die Pauschalierung nutzen. Mit der Schaffung einer Homeoffice-Pauschale und Erleichterungen bei der verbilligten Wohnraumvermietung haben wir weitere wichtige Entlastungen geschaffen.

Wir als Unionsfraktion hätten uns gewünscht, dass wir bei der steuerlichen Verlustverrechnung weitere Verbesserungen in das Gesetz aufnehmen. Gerade jetzt in der Krise wäre dies das richtige Instrument, um Unternehmen mehr Liquidität zu verschaffen. Leider war das mit unserem Koalitionspartner nicht zu machen. Wir werden uns aber weiter dafür einsetzen.

Mehr Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt

Ziel des in erster Lesung beratenen Gesetzes ist es, durch einen zeitgemäßen Jugendmedienschutz Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Inhalten zu bewahren. Außerdem sollen die Persönlichkeitsrechte und Daten besser geschützt und die Instrumente zur Stärkung der Medienkompetenz weiterentwickelt werden. Wir wollen mehr angemessene und wirksame strukturelle Vorsorgemaßnahmen der Dienstanbieter. Darüber hinaus strebt der Gesetzentwurf eine Modernisierung der Regelungen zu Alterskennzeichnungen für Computerspiele und Filme an und schließt nicht-deutsche Anbieter ausdrücklich in die geltenden Pflichten ein. Schließlich soll die bisherige Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien zur Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz weiterentwickelt werden.



Bericht aus Berlin

Agroforstwirtschaft fördern

Mit unserem Antrag „Produktivität, Klimaresilienz und Biodiversität steigern – Agroforstwirtschaft fördern“ wollen wir die Agroforstwirtschaft stärken. Diese ist eine Form der Landnutzung, bei der die landwirtschaftliche Produktion mit dem Anbau von Sträuchern oder Bäumen auf der selben Fläche kombiniert wird. Ein Beispiel ist das gezielte Anpflanzen von Sträuchern als Windschutz oder Bäumen als Schattenspender für Tiere. So kann das Kleinklima verbessert werden.



In dem Antrag begrüßen wir, dass auf EU-Ebene die Agroforstwirtschaft in Strategien wie der Vom-Hof-auf-den-Tisch-Strategie oder der Biodiversitätsstrategie als Lösungsoption erwähnt wird. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine Förderfähigkeit von Agroforstsystemen noch in der aktuellen Förderperiode der derzeitigen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU einzusetzen. Damit sollen bestehende rechtliche Lücken bei der Förderung und bei der Anpflanzung von besagten Systemen geschlossen werden. Weitere Ziele sind der Ausbau entsprechender Forschung und die nachhaltige Förderung von Agroforstsystemen über den Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes".



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

14. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik. Anhand des „Aktionsplans Menschenrechte“ zeigt der Bericht die zentralen Entwicklungen in der deutschen Menschenrechtspolitik und im internationalen sowie europäischen Menschenrechtsschutzsystem im Zeitraum vom 1. Oktober 2018 bis 30. September 2020 auf. Er präsentiert die thematischen Schwerpunkte „Konfliktbezogene sexualisierte Gewalt“ und „Einsatz für die Menschenrechte im VN-Sicherheitsrat 2019/2020“ sowie die innen- und außenpolitischen Aktivitäten und Initiativen der Bundesregierung. Ziel des Berichts ist die Darstellung der Prioritäten der Bundesregierung für die kommenden zwei Jahre in wichtigen nationalen und internationalen Aktionsfeldern des Menschenrechtsschutzes.

Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen für ein digitales Wettbewerbsrecht 4.0 und anderer wettbewerbsrechtlicher Bestimmungen (GWB-Digitalisierungsgesetz). Ziel des Gesetzes ist eine wirksamere Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften. Wir schaffen einen Ordnungsrahmen, der den Anforderungen an die Digitalisierung und Globalisierung der Wirtschaft gerecht wird, und stärken das deutsche System der Kartellrechtsaufsicht. Kartellverwaltungsverfahren werden beschleunigt und die Vorschriften zur formellen Fusionskontrolle von Kartellen überarbeitet. Zugleich ermöglichen zwischenzeitlich gewonnene Erkenntnisse der Kartellbehörden und der Wissenschaft eine weitere Modernisierung der Missbrauchsvorschriften. Die Novelle enthält daher eine maßvolle Modernisierung der Missbrauchsaufsicht, um den Missbrauch von Marktmacht insbesondere durch digitale Plattformen besser erfassen und effektiv beenden zu können.

Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens. In zweiter und dritter Lesung verabschiedeten wir ein Gesetz, durch das es überschuldeten Unternehmen und Verbrauchern ermöglicht wird, sich schneller aus der Insolvenz zu befreien. Dazu wird der Zeitraum, in dem sie sich ihrer Restschulden entledigen können, von sechs auf drei Jahre verkürzt. Diese Regelung soll rückwirkend für alle Insolvenzverfahren gelten, die ab dem 1. Oktober 2020 beantragt wurden. Um Fehlanreize diesbezüglich zu vermeiden, werden die Anforderungen an den Betroffenen in der sogenannten Wohlverhaltensperiode durch detaillierte Auflagen konkretisiert und verschärft. Zugleich soll sich der persönliche Anwendungsbereich über unternehmerisch tätige Personen hinaus dauerhaft auf Verbraucher erstrecken.

Einen Überblick über die knapp 20 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



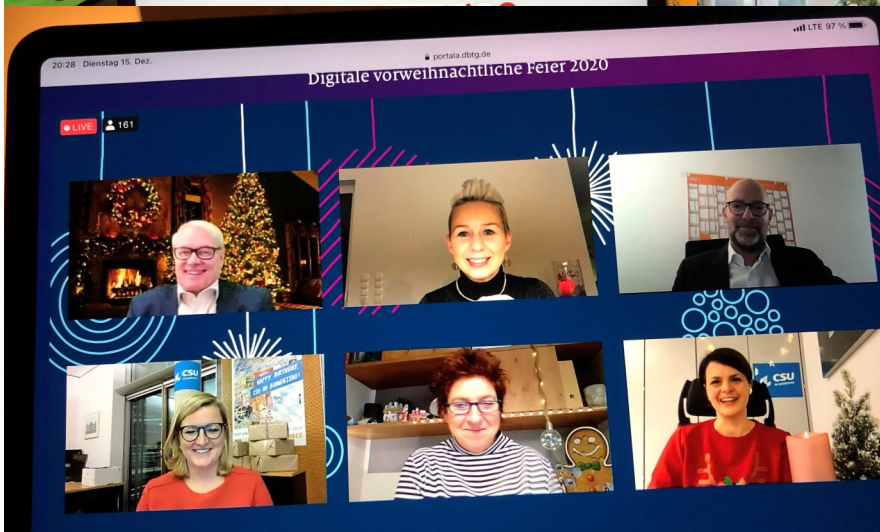
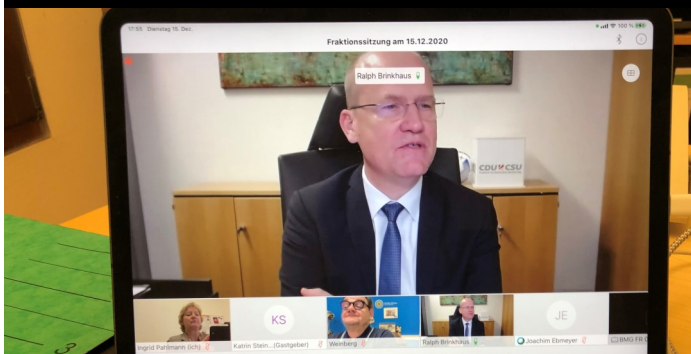
Bericht aus Berlin

Impressionen aus Berlin



Im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement berieten wir in hybrider Sitzung über das Engagement in der Pflege und besonders der Hospizarbeit. [Mehr dazu im Internet.](#)

Virtuelle Sitzung der
AG Kommunalpolitik.



In dieser Woche trafen wir uns in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht nur digital zu unserer Fraktionssitzung, sondern auch zu einer einstündigen digitalen Weihnachtsfeier.



**Weihnachtsgruß
vom
Team Pahlmann**

Wir wünschen Ihnen frohe
Weihnachten und ein gesundes
Jahr 2021!





**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-9: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde;

Kopfzeile S. 10: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann;

Alle weiteren Bilder privat oder Pixabay.